

Performing gaps

Vom Verhältnis zwischen Alternativen Ökonomien und städtischer Planung in Dortmund

Le-Lina Kettner, Samuel Mössner

1. Einleitung: Alternative Ökonomien in Stadtplanungsprozessen

Im Angesicht drängender globaler Krisen wird von Wissenschaft und Praxis gleichermaßen die Notwendigkeit einer »progressive[n], emanzipatorische[n], sozial-ökologische[n] Transformation« (Acosta/Brand 2018: 17) gefordert. Zentrale Akteure des Transformationsprozesses sind sog. Alternative Initiativen, die mit ihren Ansätzen darauf abzielen, lokale Ressourcen und regionale Wirtschaftskreisläufe vor dem Hintergrund einer Kritik am traditionellen Wachstumsparadigma zu etablieren. Alternative Initiativen verorten sich nicht selten in städtischen Räumen, da hier die Konzentration an Austausch und Diversität hoch und dynamisch ist, sodass besondere Gelegenheitsräume für die Entstehung und Erprobung alternativer ökonomischer Ansätze (Krueger/Schulz/Gibbs 2017) entstehen. Diese Räume sind auch häufig umkämpft (Kipp 2018: 212) und Orte der politischen Aushandlung, da mit der Praxis der transformativen Innovation und des alternativen Handelns zugleich ein Hinterfragen und Kritisieren hegemonialer Setzungen und patriarchaler Machtverhältnisse einhergeht, die sich mit dem traditionellen Wirtschaftsverständnis verbinden.

Im Zentrum der Kritik steht ein überwiegend an quantifizierbaren Messgrößen orientiertes Verständnis von Erfolg und Wachstum. Zahlreiche Initiativen und soziale Bewegungen versuchen daher, diesen traditionellen Wirtschaftsformen *andere* Ansätze entgegenzustellen, die alternative und nichtquantifizierbare Faktoren zur Wertüberprüfung verfolgen. Hierzu zählen solidarisches Handeln, zivilgesellschaftliche Selbstorganisation, Suffizienz sowie all jene Ansätze, die sich an gesellschaftlichem Wohlbe-

finden, Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit orientieren. In der Literatur besonders prominent diskutierte Ansätze sind die der »transition town movements« (Hopkins 2008) sowie die neu belebte Debatte um die Urban Commons (Helferich 2012; Nikolaeva/Adey/Cresswell et al. 2018), Gemeinwohlökonomien und genossenschaftliche Ansätze. Diesen Ansätzen ist gemein, dass sie eine Kritik an herkömmlichen Konsummustern, Produktionsweisen, Top-down-Organisationsformen und marktwirtschaftlichem Konkurrenzverhalten äußern (Schmelzer 2018; Schmid 2018; Müller 2018; Lange 2017). Als Antriebskraft für eine Transformation der Gesellschaft wird ihnen daher vonseiten der Wissenschaft und Praxis eine wesentliche Rolle zugeschrieben.

Zwar kann Widerständigkeit durchaus auch außerhalb gesellschaftlicher Strukturen als Protest funktionieren. Für die gesellschaftliche Transformation aber – so die Prämissen des vorliegenden Beitrags – sind nicht nur widerständige Aktivitäten außerhalb gesellschaftlicher Normen und Felder von großer Wichtigkeit. Für die Durchsetzung und Aufrechterhaltung alternativer Ansätze und Initiativen bedarf es nämlich in letzter Konsequenz die Schnittstelle zum gesellschaftlichen Mainstream. Für Alternative Initiativen ist dies vor allem die Kooperation mit kommunalen Verwaltungen, Planungen und Politik. Alternative Initiativen sind häufig auf Räume und Flächen in der Stadt angewiesen, die ihnen von der Stadtplanung (auch temporär) zur Verfügung gestellt werden. Stadtverwaltung und -politik ermöglichen diese Nischenräume, schützen diese (wenngleich oft auch nur temporär) vor dem Marktzugriff und stellen idealerweise die notwendige Infrastruktur bereit.

Gleichzeitig decken sich viele Ansatzpunkte der oben skizzierten heterogenen Postwachstumsinitiativen mit dem originären Aufgabenfeld der Stadtplanung: Jenseits eines neoliberalen »public management« (Peck/Theodore/Brenner 2013; Fuller/Geddes 2008) gilt die Stadtplanung nämlich immer noch als Wächterin städtischer Prozesse (Klaer 2008: 203) und ist mit der Aufgabe betraut, gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten zu schaffen und im Rahmen der politischen Vorgaben zu steuern. Dabei sollte sie sich an der Zielsetzung orientieren, gute Lebensverhältnisse für alle Gesellschaftsteile herzustellen (Wiezorek 2017: 53).

Anders als es die eher klassische neoliberalen Kritik impliziert, stehen Stadtplanungsapparate Alternativen Ansätzen also weniger ablehnend gegenüber. Im Rahmen des eingeübten und routinierten Verwaltungshandelns kommt es aber häufig zu einer (wohlwollenden) Marginalisierung der Initiativen,

die einem kooperativen Verhältnis und gleichberechtigten Miteinander von Alternative und Stadtplanung hinderlich im Wege steht. Während in der Literatur die Entstehung von Alternativen Ökonomien, subkulturellen Initiativen und wachstumskritischen Innovationen in lokalen Räumen und deren Diffusion über unterschiedliche räumliche Ebenen hinweg durchaus erforscht sind (Gibson-Graham 2008; Roelvink 2011; Fuller/Jonas 2003; Schulz/Affolderbach 2015), erfährt der Nexus zwischen Alternativen Initiativen und administrativen Stellen der Stadtverwaltung und -planung eine bisher eher überschaubare Behandlung in der Wissenschaft.

Da die Erforschung des Potenzials des Miteinanders von Initiativen einerseits und Stadtplanung andererseits für eine Postwachstumstransformation immer noch als Desiderat der Wissenschaft gilt, wurde für die dem Beitrag zugrunde liegende empirische Studie ein Zugang gewählt, der versucht, aus dem empirischen Feld heraus theoretische und abstrakte Zugänge und Erklärungsansätze zu identifizieren (Strauss/Glaser 1967). Am Beispiel der Stadt Dortmund wurde empirisch untersucht, welche Anforderungen und Bedarfe für Unterstützung aufseiten der Initiativen im Hinblick auf eine bessere städtische Integration jenseits neoliberaler Vereinnahmung bestehen. Dafür wurden leitfadengestützte Interviews mit Vertreter*innen unterschiedlicher Initiativen und der Stadtverwaltung geführt sowie teilnehmende Beobachtungen im Zeitraum von Februar bis Mai 2019 durchgeführt.

Schnell offenbarten sich signifikante Lücken in der Interaktion und Kooperation zwischen Stadtplanung und Initiativen, die wir in Abschnitt 2 kurz skizzieren werden. Eine mögliche Erklärung für eine solche Lücke wird in Abschnitt 3 unter Rückgriff auf die gesellschaftstheoretischen Zugänge nach Judith Butler (1991; 1995) gegeben. Wir argumentieren hier auf konzeptioneller Ebene, dass die Lücke zwischen von außen hegemonial gesetzter Definition dessen, was Alternative Initiativen zu sein haben, und der selbst performativ ausgelebten Position durch die Initiativen ursächlich für eine gelebte Sprachlosigkeit und bestehende Missverständnisse von und zwischen Alternativen Initiativen und der Stadtplanung ist. Wir möchten damit auch darauf hinweisen, dass der Ansatz von Judith Butler zur Performativität und zu Subjektivierungsprozessen, der sich ursprünglich auf die soziale Konstruktion von Geschlechtsidentitäten bezieht, durchaus für die Erforschung eines ökonomischen Dualismus (Mainstream – Alternative) anwendbar ist und hier speziell Erklärungspotenzial für die geringe Wirksamkeit alternativer Initiativen in städtischen Kontexten liefern kann.

2. Die Marginalisierung von Alternativen Ökonomien in der Stadtplanung

Die wachsende Anzahl von Alternativen Ansätzen in den Bereichen Versorgung, Konsum bzw. Suffizienz und Mobilität deutet nicht nur auf das große Potenzial für die Stadtentwicklung und -planung, sondern auch auf eine steigende Raumrelevanz dieser Aktivitäten hin. Trotz einer Vielzahl von Impulsen für eine nachhaltige, demokratische und partizipative Stadtplanung (Elsen/Reifer/Oberleiter et al. 2015; Klaer 2008) werden postwachstumsorientierte Initiativen und Ansätze in stadtplanerischen Prozessen bislang jedoch weitgehend marginalisiert.

Während auf städtischer Ebene die Einbindung von postwachstumsorientierten Initiativen zwar theoretisch gefordert, aber praktisch nicht vorhanden ist, wird ihnen auf Ebene der Landespolitiken Nordrhein-Westfalen etwa eine deutlich größere Aufmerksamkeit zuteil (WIKUE). Auch die Verbraucherzentralen oder andere Organisationen, die sich mit der Vernetzung von sog. »Möglichkeitsräumen« (Kerekes 2015) auseinandersetzen, verweisen auf die Bedeutung dieser Initiativen und deren Beitrag für die Transformation der Gesellschaft. Eine ähnliche Haltung wird auch vonseiten der Planungswissenschaft eingenommen.

Von (stadt-)politischer Seite werden zwar hin und wieder einzelne Potenziale erkannt, Wege der Ausschöpfung dieser Potenziale jedoch kaum benannt. Entsprechend existieren in zahlreichen Städten – und eben auch in der Stadt Dortmund – zwar starke Netzwerke zwischen den einzelnen Initiativen, aus fraglichen Gründen halten sich diese aber gegenüber einer Einbindung von Stadtplanung und -verwaltung eher zurück.

Dabei hat sich etwa in Dortmund durch den Strukturwandel, als Folge der Stahlkrise ab den ca. 1970er Jahren, schon früh eine breite Landschaft an Alternativen Initiativen und Ansätzen etablieren können. So weist die Stadt Dortmund eine vergleichsweise hohe Anzahl von immer noch ungenutzten Industriebrachen auf, zugleich erfolgte in den vergangenen Jahren eine starke Fokussierung auf den kulturellen und kreativen Wirtschaftsbereich und dessen Förderung. Die Stadt Dortmund ist damit von einer Politik geprägt, die ein kreatives wirtschaftliches Milieu getreu neoliberaler Maxime (Florida 2005) in besonderer Weise fördert. Hier wird zum einen ein kreativer Umgang mit Industriebrache verfolgt, zum anderen vor allem in den Nischenökonomen und kreativen Initiativen Innovationskraft für eine erfolg-

reiche Bewältigung der Folgen der Deindustrialisierung gesehen (Wascher/Hebel/Schrot et al. 2018: 4). Flankiert wird diese Politik vom Universitätsstandort und der Einbettung in die »Raumstrategien Ruhr 2035+«, die u. a. auf die Ansiedlung und den Erhalt von Unternehmen abzielt (Wagner, Hegemanns 2017: 91 ff.).

Im Schatten dieser klassisch neoliberalen Wirtschaftspolitik hat sich aber auch eine kreative Szene entwickelt, aus der heraus sich viele auf alternative ökonomische Ansätze bauende Initiativen entwickeln konnten. Diese profitieren nicht nur von der Verfügbarkeit altindustrieller Brachen und vergleichsweise günstiger Wohn- und Gewerbeblächen, sondern auch von der politischen Förderung der kreativen und kleinteiligen Innovationskraft, einem kreativen Milieu im Umfeld der Hochschulen und Universität sowie von einer überregionalen Planungsstrategie, die diese Ansätze unterstützt. Die dennoch bestehenden Hindernisse für die Ausbildung von Alternativen Initiativen könnten durch kooperative Ansätze seitens der Stadtverwaltung und -planung – so wenigstens die gängige Meinung der unterschiedlichen Akteure – durchaus überwunden werden.

Derartige Formen der Kooperation finden sich in der Praxis Dortmunds aber äußerst selten: In den Interviews mit Vertreter*innen Alternativer Initiativen wurde immer wieder auf die fehlende Flexibilität und Offenheit sowie auf mangelndes Vertrauen bzw. Wohlwollen seitens der Stadtplanung verwiesen und mehr Mut für die Unterstützung auch jener Ansätze gewünscht, die aus Sicht der Stadt keinen nennenswerten Beitrag zum traditionellen Wirtschaftswachstum leisten. In diesem Zusammenhang wird auf eine bessere Unterstützung und die Entwicklung wachstumsunabhängiger Kriterien für Stadtplanung verwiesen (Lamker/Schulze Dieckhoff 2019).

Eine zentrale Rolle spielt vor allem die Problematik der Auslegung und Anwendung (gesetzlicher) Regeln, Satzungen oder Verordnungen, die – so die Meinung der Initiativen – doch unter Einhaltung des bestehenden Ermessensspielraums manchmal kreativer ausgelegt werden könnten. Denn für alternativ handelnde Initiativen sind aufgrund ihres geringen Institutionalisierungsgrads gesetzliche Verordnungen und Regeln manchmal besonders schwierig zu erfüllen oder einzuhalten. Aus ihrer Sicht ist daher vor allem das Selbstverständnis der Stadtverwaltung als ›Hüterin der Gesetze und Verordnungen‹ und die damit einhergehende Vorstellung der Verwaltungshandelnden, dass »alle [Regeln] aus gutem Grund erlassen sind« (Interview 6 2019), nicht förderlich für eine flexible Unterstützung ihrer

Anliegen und Projekte. Vor allem jene Initiativen, die sich in den Grenzbereichen oder außerhalb der Regelkonformität bewegen, bedarf es an kleinteiligen, behutsamen und situationsbezogenen Bemühungen seitens der Stadtplanung, diese in formale Strukturen zu überführen. Hierfür müssten die Aktivitäten der Initiativen jedoch zunächst überhaupt mit Wert belegt werden. Überdies sind neuartige oder andersartige Ideen oftmals gar keinen Verordnungen klar zuzuordnen, was dann ebenso zu Unverständnis und späterer Ablehnung führen kann. Neben dem Festhalten an einem wenig flexiblen Regelwerk wurde von den Initiativen auch die Beharrungskraft und Berührungsangst der Stadtplanung gegenüber Innovationen und Änderungen kritisiert und in diesem Zusammenhang gewünscht »[...] dass dann nicht Pläne von vor dreißig Jahren ausgegraben werden, sondern dass man wirklich auf die aktuelle Situation guckt und wirklich den echten Bedarf ermittelt« (Interview 2 2019). Viele Initiativen schreckt zudem die schnelle und direkte Ablehnung ihrer Ideen ab, und der Wunsch nach einem Mehr an Dialog über die Ablehnungsgründe wurde gefordert, um gemeinsam identifizieren zu können, in welcher Form die Ideen für einzelne Projekte vielleicht doch noch anders umzusetzen wären (Interview 1, 2, 5 2019). Zuletzt wurde auf das Missverhältnis zwischen bürokratischen Aufwänden und Abläufen und den von den Vertreter*innen der Initiativen verfolgten zeitlichen und räumlichen Routinen und Rhythmen verwiesen. Hier handelt es sich um ein klassisches und in der Literatur gut belegtes Problem der Zusammenarbeit zwischen Alternativen Initiativen und städtischer Verwaltung (Cramer 2013; Selle/Wachten 2011; Selle 1997).

Auch vonseiten privatwirtschaftlicher Planungsbüros (Interview 6 2019) wird der Eindruck der fehlenden Flexibilität gegenüber der Ausübung eines individuellen Ermessensspielraums gestützt. Auch hier wird die Notwendigkeit bekräftigt, experimentelles Ausprobieren als Teil der Planung zuzulassen und die »Dinge auch immer erst mal so ein bisschen laufen zu lassen« (ebd.). Dies gelinge jedoch nur unter kooperativen Bedingungen und indem auch Konflikte nicht gescheut würden.

Diese und andere Aussagen stehen in augenscheinlichem Widerspruch zum Selbstbekenntnis und der Selbstwahrnehmung der Stadtplanung in der Stadtverwaltung. Diese stellt heraus, mithilfe von informellen Planungsinstrumenten besonders agil und flexibel auf unterschiedliche Ansprüche und Nutzungsarten zu reagieren. Zudem wird vonseiten der Stadtverwaltung betont, dass städtische Planungsprozesse ausgesprochen »bürgernah« (Stadt

Dortmund o. J.) seien. Interviews mit Vertreter*innen der Stadtverwaltung machten zudem deutlich, dass die Suche nach individuellen Lösungen und vor allem von Kompromissen ein durchaus großes Anliegen der Planung sei. Hier wurde besonders auf das bestehende Entgegenkommen gegenüber Alternativen Initiativen unter großzügiger Ausnutzung des bestehenden Abwägungsspielraums verwiesen (Interview 5 2019): »Das sind Kollegen, mit denen kann man überlegen, wie kann man sowas hinkriegen und wie kann man das machen. Und da geht sehr viel«. Dabei zeigte die Stadtverwaltung durchaus auch Offenheit gegenüber jenen Projekten, deren Ausgang ungewiss oder durchaus riskant erschien (ebd.) und verweist in diesem Zusammenhang explizit darauf, dass die Förderung nicht vom Erfolg oder von der Zielvereinbarung abhänge. Zwar gestaltet sich Förderung besonders jener Projekte als schwierig, denen bereits zu Beginn von den Vertreter*innen der Planung ein Scheitern vorausgesagt wird, doch hierfür werden plausible Gründe ins Feld geführt: »Warum soll ich ein Projekt fördern, von dem ich von vornherein vermute, dass es scheitern wird? [...] Also im Grunde fördere ich nur den Lernprozess. Wie viel Euro ist ein Lernprozess wert im Vergleich zu einem Projekt, wo man absehen kann, dass es funktionieren wird?« (ebd.).

Zusammenfassend zeigen die empirischen Einblicke, dass Alternative Initiativen und Projekte in Dortmund zwar grundsätzlich möglich sind, sich aber vor allem an *etablierten Vorstellungsmustern*, Werten und Verständnissen von Sinn und Erfolg der Stadtplanung orientieren müssen. Neben der Orientierung an traditionellen Vorstellungen deuten die empirischen Ergebnisse aber auch auf gegenseitige Missverständnisse und auf ein daraus resultierendes Ausbleiben der Unterstützung hin. Dabei sind es nicht nur durchaus existierende Beharrungskräfte innerhalb der Stadtverwaltung, die das gegenseitige Unverständnis verursachen. Die seitens der Stadtverwaltung vielfach erbrachte Flexibilität wird von den Initiativen oftmals auch nicht wahrgenommen. Das Verhältnis von Stadtverwaltung und Alternativen Initiativen ist von unterschiedlichen Auffassungen, gegensätzlichen Erwartungen und konfliktierenden Vorstellungen geprägt, die zu einer allgemeinen gegenseitigen Sprachlosigkeit führen.

Der obige Auszug aus den empirischen Zugängen verdeutlicht bereits, dass Gegenentwürfe zu etablierten, konservativen und traditionellen Strukturen und Werten von der Stadtverwaltung nicht immer nur als Kritik verstanden werden, sondern durchaus auch als Freiräume und innovative Experimente, denen das dominierende System der Stadtplanung Anerken-

nung zollt. Das Verhältnis von Stadtverwaltung – als Repräsentanz des dominierenden hegemonialen Systems – und Alternativen Initiativen, die sich selbst als Gegenentwurf zu bestehenden kapitalistischen Routinen verstehen, ist von Machtasymmetrien geprägt (Healy 2009), infolge derer den in ökonomischen und planerischen Nischen koexistierenden Initiativen die Wirkmächtigkeit abgesprochen wird, einen berechtigten Gegenentwurf zu kapitalistischen Wirtschaftsformen darzustellen. Auch bei wohlwollender Förderung und Unterstützung werden sie im Grunde als trivial und unfähig bewertet, mit dem Kapitalismus in einen *tatsächlichen* Wettbewerb zu treten (North 2007: 22). Sie stellen vielleicht interessante und vielversprechende Exoten dar, sind aber innerhalb des bestehenden Systems degradiert und marginalisiert.

Bei näherer Betrachtung fällt aber auf, dass diese Marginalisierung, wie oben bereits angedeutet, nicht als einseitiger Ausschluss oder simple Unterdrückung erfolgt, sondern dass sich ein komplexes Miteinander zwischen Dominanz (Stadtverwaltung) und Alternative (Initiativen) ausrichtet, in welchem die marginalisierte Alternative als »konstruiertes Gegenüber« (Hillebrand/Zademach 2013: 11) zum untrennbaren Teil der Identität des Ganzen erwächst. Die Marginalisierung ist damit Teil eines komplexen und gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Hegemonie und Marginalisierung. Mit Healy (2009) gesprochen sind marginalisierte Initiativen untrennbar mit der Anerkennung der Dominanz verknüpft. Er bezeichnet diese Wechselbeziehung als Binarität (ebd.: 6).

Während diese Perspektive auf die Marginalisierung auf der einen Seite hilfreich für die weitere Betrachtung der Schnittstelle von Stadtplanung und Alternativer Ökonomien ist, birgt sie auf der anderen Seite die Gefahr, die Ambivalenz der Alternative innerhalb des hegemonialen Systems zu missverstehen: Denn während Alternative Initiativen zwar nur innerhalb des dominanten Systems existieren können (Linnemann 2017: 8 f.), versuchen sie weiterhin, dieses zu unterlaufen und bestehende Machtverhältnisse zu reformulieren (Müller 2018: 218 f.). Es wäre also fatal, Alternative Initiativen als integrierten Bestandteil des dominanten Systems abzutun und deren Marginalisierung damit billigend in Kauf zu nehmen.

Im weiterführenden Abschnitt 3 möchten wir daher einen theorieorientierten Blick auf die Schnittstelle von Dominanz und Alternative werfen und ausgehend von der Marginalisierung Alternativer Initiativen das komplexe Miteinander näher beleuchten. Ziel ist es, die oben skizzierte wechselseiti-

ge Sprachlosigkeit, die zur Unterfütterung von Dominante und Alternative beiträgt, konzeptionell zu fassen und so zu verstehen, wodurch ein kooperatives Miteinander von Initiativen und Stadtplanung letztlich erschwert wird. Unser Fokus richtet sich daher darauf, *was* und *wie* sich die jeweiligen Positionen von Alternativen Initiativen und Stadtverwaltung konstituieren. Dafür greifen wir auf Judith Butlers Performativitätsverständnis zurück, da dieses einen konzeptionellen Zugang aufzeigt, mit dessen Hilfe es möglich wird, das bestehende Unverständnis der Beteiligten durch das Aufzeigen sog. performativer Lücken (*gaps*) erklärbar und greifbar zu machen.

3. ›Performing gaps‹: zur Differenz von Performativität und Selbstwahrnehmung Alternativer Initiativen in der Stadtplanung

Die US-amerikanische Philosophin Judith Butler hat mit ihren sozialwissenschaftlichen Arbeiten einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, individuelle Unterschiede und gesellschaftliche Differenzen als Ergebnis eines sozialen Konstruktionsprozesses zu verstehen. Im Kern von Butlers Thesen steht die Überlegung, dass bestehende Machtverhältnisse durch ritualisierte Sprechakte gespeist werden, die wiederum spezifischen Konstruktionsleistungen entspringen. Solche Konstruktionen sind das Ergebnis von hegemonialen Zuschreibungen, Praktiken, Werten und Vorstellungen in der Gesellschaft, die durch die Performativität der sozialen Umwelt stabilisiert werden (Healy 2009: 4). Unter Performativität (*performativity*) versteht Butler das Ergebnis spezifischer kultureller Konstitutionsleistungen (Fischer-Lichte 2013: 41). Diese manifestieren sich für Butler beispielsweise in der gesellschaftlichen Aufrechterhaltung von binären Geschlechteridentitäten oder für Healy in der Dominanz des Neoliberalismus (Butler 1991; Healy 2009). Alles, was außerhalb dieser Setzungen existiert, erscheint (u. a.) als ökonomisch anfällig, temporär oder etwa als wissenschaftlich oder gesellschaftlich irrelevant und wird marginalisiert (Callon 1998; Healy 2009: 4).

Die diskursive Konstitution von Andersartigkeit und Unterschiedlichkeit und die daraus resultierende Marginalisierung erfolgt dabei nicht immer und ausschließlich über Sprache und Sprechakte (Austin 1962), sondern drückt sich auch über symbolisches Handeln aus (Fischer-Lichte 2013: 41 ff.). Die im vorangegangenen Abschnitt 2 beschriebene ›Sprachlosigkeit‹, mit der Stadtplanung und Alternative Initiativen aufeinandertreffen, und die

gegenseitige Unfähigkeit, Potenziale des jeweils anderen zu erkennen, kann als Differenz zwischen von außen zugeschriebener und selbst wahrgenommener Positionierung verstanden werden. Wir möchten hier theoretisch-konzeptionell argumentieren, dass dies die zu überwindende Lücke zwischen Alternativen Initiativen und Stadtplanung darstellt – sie ist Resultat unterschiedlicher Performativitäten, also unterschiedlicher Konstruktionen des *eigenen* im Verhältnis zu einem *anderen*.

Die gesellschaftliche Marginalisierung von Alternativen Initiativen erfolgt vor allem über die Abgrenzung zu traditionellen und kapitalistischen Strukturen. Ihre Marginalität wird über die Passungenauigkeit gegenüber etablierten und institutionalisierten Regeln und Vorstellungen einer an Wachstum orientierten Planung erkennbar. Diese Positionierung von Alternativen Initiativen erfolgt dabei aber nicht durch von außen zugeschriebene Setzungen – etwa vonseiten der Stadtverwaltung, der Planung oder traditioneller Wirtschaftsunternehmungen. Auch die Initiativen selbst verstehen ihre eigene Passungenauigkeit, Differenz und Marginalisierung zum Mainstream als Kern der eigenen Identität (s. Abschnitt 2). Mit starken Symboliken und in Sprechakten, die sich auf ihre marginalisierte Position beziehen, artikulieren sie sich als *andersartige* und etwa *nachhaltigere* ökonomische Alternativen: Begriffe wie Solidarität, Kooperation, Marktunabhängigkeit, Nachhaltigkeit und Naturschutz und jene, von denen sie sich bewusst und deutlich abgrenzen – Wachstum, Markt und Konkurrenz, Ressourcenausbeutung –, werden zu machtvollen Attributen, mit denen die Alternativen Initiativen ihre eigene Unterordnung reproduzieren.

Indem die Initiativen die Grenzen des Diskurses also bestärken, werden diese durch ihre Selbstzuschreibung eher verfestigt als geschwächt, womit die Initiativen ihre eigentliche Intention aber eigentlich unterwandern. Ihre Existenz wird durch die eigene Reproduktion des Diskurses ermöglicht und zugleich begrenzt: Von außen wird bestimmt, was Alternative Initiativen zu sein haben und wie sie sich zu gestalten haben, welche Positionen sie kritisieren sollen und gegen welche Institutionen und Formen der Wirtschaft sie sich zu richten haben. Paradoxe Weise beschränkt sich damit ihre Handlungsfähigkeit auf genau jenen Bereich, in dem sie unter den diskursiven hegemonialen Bedingungen auch von außen sichtbar sind (Butler 1991). Alternative Initiativen werden nur solange wahrgenommen, wie sie als utopische, wenig wirksame Aktivitäten auftreten, die nicht in die gegebenen Strukturen und Routinen passen, Regeln missachten und sich erdreisten, auch noch

Kritik zu üben. Außerhalb dieser Grenzen sind sie für die Stadtplanung irrelevant.

Hier verdeutlicht sich die performative Lücke (*gap*) zwischen von außen an sie herangetragenen Erwartungen und ihrer eigenen Selbstpositionierung. Ihr Potenzial als Akteur*innen der Stadtentwicklung ist dort gegeben, wo sie die Erwartungen des Systems erfüllen: als Urban-Gardening-Projekte, welche die Innenstadt gestalterisch, partizipativ und öffentlichkeitswirksam aufwerten; als Offene Fahrradwerkstätten, die einen netten Beitrag zur sozialen Integration in Quartieren leisten; oder als Aktivist*innen, die einen altindustriellen Raum für kreative und künstlerische Projekte in Selbstorganisation und für die Verwaltung kostengünstig herrichten. Hier decken sie sich mit gängigen Vorstellungen von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement, das in ihrem Fall mit dem exotisch Unkonventionellen angereichert wird. Außerhalb dieser Wahrnehmung als eben exotische Alternative werden Initiativen oftmals nicht wahrgenommen: etwa als Innovationsträger*innen einer ganzheitlichen und nachhaltiger(er)en Lebensmittelversorgung der Städte, die auch Aspekte der formellen Planung adressieren. Oder als Träger*innen der Mobilitätswende, die auch in aktuelle und in die Zukunft gerichtete Verkehrsplanungen integriert werden müssten. Oder als Beleg dafür, dass bestehende Regelwerke und Gesetze (etwa das BauGB) längst überaltert und unpassend geworden sind.

Während diese Grenze des Diskurses zunächst von Alternativen Initiativen akzeptiert und durch die Selbstpositionierung als ›Alternative‹ auch unterfüttert wird, sehen sie selbst ihre Kraft vor allem im Verschieben dieser Grenze nach außen, indem sie als seriöse Partner*innen der Planung integriert werden möchten, die einen kohärenten und wichtigen Beitrag für deren Veränderung vorlegen können. Für die Erklärung der performativen Lücke drängt sich ein Rückgriff auf einen Vergleich mit den berühmten Geschichten Till Eulenspiegels auf: Solange der Hofschalk die Narrenkappe aufgesetzt hatte und die Gefolgschaft zum Lachen brachte, wurde er auch dann akzeptiert, als seine Geschichten und Possen seriöse Kritik am herrschenden System äußerten. Als Berater des Hofes aber, für den er sich selbst vielleicht hielt, wurde er nie akzeptiert.

Diese Perspektive bietet eine Erklärungsmöglichkeit für das gehemmte Interagieren und die eingangs skizzierte Sprachlosigkeit zwischen Initiativen und Stadtplanung: Offenbar ist die gesellschaftliche Definition von Alternativen Ökonomien nämlich sehr viel enger als das Selbstverständnis und

die Selbstwahrnehmung der Initiativen selbst. Da die Stadtplanung (als das dominierende System) ausschließlich den vorherrschenden Diskurs über Alternative Ökonomien annimmt, begrenzt sich der stadtplanerische Handlungsrahmen eben auch auf den gesellschaftlich anerkannten Raum bzw. Diskurs. Dass die Identitätsbildung der Initiativen in Teilen von den Kategorien des gesellschaftlich hegemonialen Diskurses über Alternative Ökonomien abweicht, wird hier nicht gesehen. In der konstruierten Nische ihrer eigenen Marginalisierung können Alternative Initiativen handeln und walten. Treten sie aus der Marginalisierung heraus und positionieren sich selbst als etwas, das über die von außen zugeschriebenen Erwartungen hinausgeht, werden sie nicht mehr wahrgenommen. Substanzielle und grundlegende Veränderungen anzuregen, ist so für Alternative Initiativen nicht möglich. Zentrale Erkenntnis ist, dass diese performative Lücke unter Rückgriff auf hegemoniale Diskurse von außen (etwa von der Stadtverwaltung und der Planung) konstruiert wird, sich aber auch durch die Selbstzuschreibung als Alternative und Marginalisierte durch die Initiativen selbst konstituiert. Die Lücke (*gap*) zwischen äußerer Definition und innerer Performativität stellt damit den Raum ihres eigenen Scheiterns dar. Ihre Handlungsfähigkeit steigt, je mehr sie den hegemonialen Diskurs über Alternativen mit ihrer Selbstdefinition bestätigen.

4. Fazit

So scheint das derzeitige Planungsverständnis vor einem Dilemma zu stehen: Einerseits decken sich die Absichten der Stadtplanung, zu einer Verbesserung städtischer Lebensqualität beizutragen, durchaus mit den Handlungsmotiven der Initiativen. Andererseits agiert die Stadtplanung unter einem Wachstumsdrang, unter dem eine seriöse Interaktion mit Initiativen, die nicht gewinnorientiert und außerhalb des bestehenden Regelwerks handeln, wenig sinnvoll erscheint.

Die Ergebnisse unseres Beitrags deuten aber darauf hin, dass das Kräfteverhältnis zwischen Alternativen Ökonomien und städtischer Planung nicht nur strukturelle, gesetzliche oder formelle Einschränkungen erfährt, sondern die Zusammenarbeit vielmehr von gegenseitigen sprachlichen Widersprüchen und kontextuellen Faktoren geprägt ist. Bestehende Wahrneh-

mungsdifferenzen darüber, was Stadtplanung und Alternativen leisten sollen, prägt das geringe Interesse an einer gegenseitigen Interaktion.

Auf der Seite der Initiativen erschweren zudem von außen bedingte Hürden ihr Bestehen. Ihre Bereitschaft, mit der Stadtplanung zusammenzuarbeiten, ist insgesamt und besonders aufgrund der Vermeidung von Abhängigkeiten begrenzt. Dabei zeigen sich besonders die Strukturen des dominanten Wirtschaftssystems als ausschlaggebend für die Interaktionsbedingungen.

Judith Butler erkennt das Scheitern performativer Akte als Potenzial für Veränderungen und die Entstehung subversiver Räume (Wucherpfennig/Strüver 2015: 111). Politische diskursive Strategien können Möglichkeitsräume des Variierens schaffen und eine breitere gesellschaftliche Definition von »Alternative«, aber auch von »Stadtplanung« fördern. Butler spricht hier von interventionistischen Praktiken, die lokales Widersprechen ermöglichen (ebd.: 115). Somit lassen performative Umdeutungen Freiraum für Veränderungen entstehen, indem entstehende Verwirrungen zu neuen Denkleistungen führen. Diese müssten sich darin ergeben, dass nicht nur diverser über Ökonomien gedacht wird, sondern ebenfalls über ein vielfältigeres Verständnis von Stadtplanung diskutiert wird. Die Debatte um die Postwachstumsplanung bietet dafür Anknüpfungsmöglichkeiten, wie etwa die Neuinterpretation von Instrumenten, kreativere und mutigere Prozesse sowie radikales Umdenken hinsichtlich der Grundsätze von Stadtplanung (Grotefels/Mössner 2018: 6). Die Alternativen sind dabei Teil und Ausdruck von Dynamiken, die neue Spielregeln leben und gesellschaftliche Wirkung entfalten können. Daher sollte ihr Potenzial, auch diskursive Effekte zu generieren, nicht unterschätzt und auf einen marginalisierten Raum konzentriert werden.

Literatur

- Acosta, A.; Brand, U. (2018): Radikale Alternativen: Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann. München.
- Austin, J. L. (1962): *How to Say Things with Words*. Cambridge.
- Butler, J. (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Berlin.
- Butler, J. (1995): *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Berlin.

- Callon (1998): *The laws of the markets*. Oxford.
- Cramer, J. (2013): Architektur: Stadtplanung und Städtebau. In: Wieg, H. A.; Heyl, C. (Hg.): *Stadt: Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart, 1–45.
- Elsen, S.; Reifer, G.; Oberleiter, E.; Wild, W. (2015): *Die Kunst des Wandels: Ansätze für die ökosoziale Transformation*. München.
- Florida, R. L (2005): *Cities and the Creative Class*. Routledge.
- Fuller, C.; Geddes, M. (2008): Urban Governance Under Neoliberalism: New Labour and the Restructuring of State-Space. In: *Antipode* 40 (2), 252–282. DOI: doi:10.1111/j.1467-8330.2008.00591.x.
- Fuller, D.; Jonas, A. E. G. (2003). Alternative financial spaces. In *Alternative economic spaces*, 55–73.
- Gibson-Graham, J. K. (2008): Diverse economies: Performative practices for ›other worlds‹. In: *Progress in Human Geography*, 32 (5), 613–632.
- Glaser, B.; Strauss, A. (1967): *The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research*. Mill Valley, CA.
- Healy, S. (2009): Alternative Economies. In: Kitchin, R.; Thrift, N.: *The International Encyclopedia of Human Geography*. Amsterdam, 338–344.
- Hillebrand, S.; Zademach, H.-M. (2013): Alternative Economies and Spaces: Introductory Remarks. In: Zademach H.-M.; Hillebrand, S. (Hg.): *Alternative Economies and Spaces*. Bielefeld.
- Helperich, S.; Heinrich-Böll-Stiftung (2012): *Commons – Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld.
- Hopkins, R. (2008): *The Transition Handbook*. Cambridge.
- Kerekes, T. (2015): *Möglichkeitsräume – Der urbane Raum als Keimzelle des Wandels*. Leipzig.
- Kipp, M. (2018): Commons. In: Belinda, B.; Naumann, M.; Strüver, A. (Hg.): *Handbuch Kritische Stadtforschung*. 3. Auflage (2018). Münster, 212–217.
- Klaer, E. (2008): Partnerschaften zwischen Städten/Regionen und der Solidarischen Ökonomie. In: Giegold, S.; Embshoff, D. (Hg.): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. Hamburg.
- Krueger, R.; Schulz, C.; Gibbs, D. C. (2017): Institutionalizing alternative economic spaces? An interpretivist perspective on diverse economies. In: *Progress in Human Geography* 42 (4), 569–589. DOI: 10.1177/0309132517694530.
- Lamker, C.; Schulze Dieckhoff, V. (2018): Mit oder gegen den Strom? Postwachstumsplanung in der Fishbowl. In: *Planung neu denken online* (2), 1–7. www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/1_2019/lamker-etal.pdf (05.11.2019).

- Lange, B. (2017): Offene Werkstätten und Postwachstumsökonomien: Kollaborative Orte als Wegbereiter transformativer Wirtschaftsentwicklungen? In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 61 (1), 38–55.
- Linnemann, K. (2017): Die Gouvernementalität widerständiger Alltagspraktiken: eine konzeptionelle Annäherung an Postwachstum, Subjektivierung und alltägliches Gegen-Führen. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 62 (3–4), 1–14.
- Müller, C. (2018): Alternatives Wirtschaften. In: Belina, B.; Naumann, M.; Strüver, A. (Hg.): *Handbuch Kritische Stadtgeographie* (3. erw. Auflage). Münster, 217–223.
- Nikolaeva, A.; Adey, P.; Cresswell, T.; Lee, J. Y.; Nóvoa, A.; Temenos, C. (2018): Commoning mobility: Towards a new politics of mobility transitions. In: *Trans Inst Br Geogr*, 44 (2), 346–360. Doi: 10.1111/tran.12287
- North, P. (2007): Money and Liberation: The Micropolitics of Alternative Currency Movements. Minneapolis.
- Peck, J.; Theodore, N. M.; Brenner, N. (2013): Neoliberal Urbanism Redux? *International Journal of Urban and Regional Research* 37 (3), 1091–1099. DOI:10.1111/1468-2427.12066.
- Roelvink, G.; St. Martin, K.; Gibson-Graham, J. K. (2015): Making other worlds possible: Performing diverse economies. Minneapolis.
- Schmelzer, M. (2018): Degrowth und Postwachstum. In: *PERIPHERIE* 2–2018, 336–339.
- Schmid, B. (2018): Repair's diverse transformative geographies – lessons from a maker community in Stuttgart. In: *Theory and Politics in Organization* 19 (2), 229–251.
- Schulz, C.; Affolderbach, J. (2015): Grünes Wachstum und alternative Wirtschaftsformen. In: *Geographische Rundschau* 65 (5), 4–9.
- Selle, K. (1997): Kooperationen im intermediären Bereich – Planung zwischen »Commodifizierung« und »zivilgesellschaftlicher Transformation«. In: Schmehls, K. M.; Heinelt, H. (Hg.): *Zivile Gesellschaft. Entwicklung, Defizite, Potentiale*. Opladen. 2–58.
- Selle, K.; Wachten, K. (2011): Instrumente der Stadtplanung. Ein Überblick über die Möglichkeiten kommunaler Akteure an der Stadtentwicklung mitzuwirken. In: Selle, K.; Wachten, K.; Berding, U.; Schmitt, G. (Hg.): *Was ist Stadtentwicklung? Lehrbausteine Stadt, Landschaft, Planung. Baustein Instrumente*. 1–12.

- Stadt Dortmund (o. J): Stadtentwicklung. https://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/planen_bauen_wohnen/stadtplanungs_und_bauordnungsamt/stadtplanung/stadtentwicklung/index.html (11.11.2019).
- Wagner, A.; Hegmanns, T.; Knudsen, M. (2017): Flächen bedarfsgerecht entwickeln – Raumbezüge der Wirtschaft. In: Polivka, J.; Reicher, C.; Zöpel, C. (Hg.): Raumstrategien Ruhr 2035+: Konzepte zur Entwicklung der Agglomeration Ruhr. Dortmund.
- Wascher, E.; Hebel, F.; Schrot, K.; Schultze, J. (2018): Labore sozialer Innovation. Ausgangspunkt für sozial innovative Initiativen. kosi-lab. Dortmund.
- Wiezorek, E. (2017): Mythos Kooperation. Über kooperatives Handeln in der Stadtentwicklung. In: Besecke, A.; Meier, J.; Pätzold, R.; Thomaier, S. (Hg.): Stadtökonomie – Blickwinkel und Perspektiven. Berlin, 53–55.
- WIKUE – Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie gGmbH (2017): Analyse von Ansätzen der Alternativen Ökonomie: Nachhaltigkeitsswirkungen und Handlungsbedarf für die Landespolitik NRW – Explorative Analyse. Wuppertal.
- Wucherpfennig, C.; Strüver, A. (2014): »Es ist ja nur ein Spiel.« – Zur Performativität geschlechtlich codierter Körper, Identitäten und Räume. In: Geographische Zeitschrift Bd. 102, Heft 3, 175–189.